

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Robert Tafferner
Schreinersgasse 11
91550 Dinkelsbühl

11.05.2015

STADT DINKELSBÜHL		
Eingang		
13 Mai 2015		
OR		
Amt 1	Amt 2	Amt 3
Amt 4	Amt 5	SWD

An den
Oberbürgermeister der Stadt Dinkelsbühl
Dr. Christoph Hammer
Segringer Str.30
91550 Dinkelsbühl

TOP / off. Sitzung
Bitte beachten
3) L.R.

Keine Freihandelsabkommen auf Kosten der Kommunen und der bäuerlichen Landwirtschaft

Sehr geehrter Dr. Hammer,

zur Vorlage und Behandlung in der nächsten Stadtratsitzung am 20.Mai 2015
stellen wir folgenden Antrag:

Der Stadtrat der Stadt Dinkelsbühl möge beschließen:

Die Stadt Dinkelsbühl lehnt die Abkommen TTIP, CETA und TISA ab.

Es handelt sich bei den Abkommen um Handelsverträge, die einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen.

Die **Stadt Dinkelsbühl** wird diese ablehnende Haltung in geeigneter Weise gegenüber dem Städte- bzw. Gemeindetag, der Landes- und Bundesregierung sowie dem Europäischen Parlament bzw. ihren Vertretern deutlich machen. Stattdessen sollen sich die politischen Gremien für ein alternatives Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission in der Handelspolitik einsetzen, bei dem auch die kommunalen Spitzenverbände in die Verhandlungen mit einbezogen werden.

Der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge unter Einschluss der öffentlichen Dienstleistungen (zum Beispiel Wasserversorgung und Abfallentsorgung) soll vom Geltungsbereich des Freihandelsabkommens ausgeschlossen werden.

Die Stadt Dinkelsbühl lehnt Schiedsgerichtsverfahren ab, die keiner gerichtlichen Überprüfung unterzogen werden können.

Begründung:

Nach dem Scheitern der globalen Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO, plant die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen:

- das derzeit weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Handelsund Investitionsabkommen zwischen EU und USA (TTIP),
- das bereits unterzeichnete Handelsabkommens mit Kanada (CETA), ein multilaterales Abkommen zum „Handel mit Dienstleistungen“ (Trade in Services Agreement – TISA).

Ein Abschluss dieser Abkommen würde auch die Stadt Dinkelsbühl betreffen: Handelsabkommen, die das Regelungs- und Entscheidungsrecht der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge achten, müssten die Möglichkeiten der Kommunen bewahren, öffentliche Dienste wie z.B. Trinkwasserversorgung zu erhalten, wiederzubeleben, zu rekommunalisieren, auszuweiten und neu zu schaffen. Vom Geltungsbereich der Vorschriften zur Marktöffnung sowie von Investitionsschutzklauseln in solchen Abkommen müssen sie umfassend und explizit ausgenommen sein. Sowohl die TTIP als auch das CETA genügen diesem Anspruch nicht.

Eine besondere Bedrohung stellt das TISA dar, das eine weitgehende Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistung erreichen möchte. Es darf nicht passieren, dass bestehende europäische Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards künftig als „Investitionshemmnisse“ von einem Schiedsgericht ausgehebelt werden können.

Die Landwirtschaft in Nordamerika arbeitet unter völlig anderen Bedingungen als im Landkreis Ansbach mit seinen bäuerlichen Strukturen. Sie durch eine Marktöffnung für Agrarprodukte in direkte Konkurrenz zu setzen würde die regionale Landwirtschaft ernsthaft bedrohen. Dabei ist irrelevant, ob eine Marktöffnung durch eine Harmonisierung von Standards und Verfahren, eine gegenseitige Anerkennung von Standards oder eine Senkung oder Abschaffung von Zöllen erreicht wird.

Ein explizites Ziel der amerikanischen Verhandlungsführer in den Verhandlungen über die TTIP ist eine Öffnung des europäischen Markts für Lebensmittel, die mit Gentechnik, Wachstumshormonen oder in der EU nicht zugelassenen Pestiziden produziert wurden. Der Landkreis Ansbach ist ein gentechnikfreier Landkreis. Eine Verhandlung der europäischen Gesetzgebung in diesem Bereich ist nicht akzeptabel.

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP ist dafür Sorge zu tragen, dass bestehende europäische Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards künftig nicht als „Investitionshemmnisse“ von einem Schiedsgericht ausgehebelt werden können.

Bürgerinnen und Bürger aus Dinkelsbühl und Umgebung haben sich bereits letztes Jahr in großer Zahl mittels Unterschriftenlisten und Online-Petitionen gegen das TTIP in seiner jetzigen Form ausgesprochen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Dinkelsbühl wird beauftragt diese Resolution in den entsprechenden Gremien einzubringen und vorzustellen.



.....
Robert Taferner, Fraktionsvorsitzender